



Keine Nichtbefassung durch die Hintertür.

Zur Demokratie gehört es, dass Anträge / Vorschläge des politischen Gegners sachlich erörtert werden. Daher bitte ich diesbezüglich um Einhaltung eines Mindestmaßes demokratischer Gepflogenheiten.

Begründung:

In der Vergangenheit wurde sich mit AfD-Anträgen einfach nicht befasst, wenn Gegenargumente fehlten oder / und das Thema zu unbequem war. Obwohl ein Recht auf Befassung und Abstimmung besteht, wurden AfD-Anträge wiederholt und wider besseres Wissen einfach ignoriert.

„zur Demokratie gehört auch, nicht mit Rechtsradikalen sprechen zu müssen“ war eine der recht eigenartigen Begründungen, welche aus den Reihen der „demokratischen Parteien“* zu vernehmen war.

Noch demokratieverachtender ist folgende zitierte Aussage anlässlich einer Beiratssitzung, weil für meine Person einfach nichtzutreffend.

In diesem Zusammenhang erklärt der Fraktionssprecher der Linken:

„Unsere Fraktion wird keine Kandidat*innen der AfD wählen, auch nicht nachträglich benannte Sachkundige Bürger*innen. Wir finden es unerträglich, wie einzelne Funktionsträger*innen, aber auch die Partei als Ganzes, mit rassistischer und anderer menschenfeindlicher Hetze das politische Klima vergiftet hat. Wir müssen davon ausgehen, dass sich Rechtsextremist*innen von diesem Klima haben ermutigen lassen. Zu Gewalttaten gegen Andersdenkende bis hin zum Mord. Vor diesem Hintergrund verbietet sich für uns eine Wahl von AfD-Kandidat*innen.“

- Die Grünen, die SPD, die CDU und die FDP erklären, dass sie diese Vorgehensweise unterstützen.
- Die AfD nimmt zu der mündlich vorgetragenen Begründung der Fraktion der Linken Stellung.

Nur nach mehrfacher Aufforderung durch die AfD, diese Aussage zu Protokoll zu nehmen geschah dies ausnahmsweise.

Normalerweise werden unhaltbare Beschimpfungen und Nazivorwürfe in Richtung AfD nicht in das Protokoll aufgenommen. Antidemokratisches Benehmen soll wohl nicht dokumentiert werden.

Die sachliche Erwidern der AfD kam natürlich nicht in das Protokoll.

„Die AfD nahm mündlich Stellung“ hieß es lapidar im Protokoll. Mehr darf der „mündige Bürger“ wohl nicht wissen.

Diverse Anträge der AfD-Walle auf Protokolle, welche den Sachverhalt der Sitzungen umfassend und objektiv wiedergeben, wurden stets abgelehnt bzw. ignoriert.

Die regelmäßigen Beschimpfungen und Verleumdungen wurden in letzter Zeit weitgehend durch Nichtbeachtung der AfD abgelöst.

Im Gegensatz zu anderen AfD-Beiräten, welche den Sitzungen nach einigen Terminen dauerhaft fernblieben, lasse ich mich nicht wegmobben. Meine Aufgabe ist es auch, das antidemokratische Benehmen der „demokratischen Parteien“* national und international zu kommunizieren.

Als Folge des Verbotes der Nichtbefassung mit den AfD-Anträgen werden nunmehr unbequeme und kritische Anträge der AfD ohne ein Wort der Erörterung abgelehnt. Man möchte vermutlich keine Niederlage vor dem Verwaltungsgericht riskieren.

Mündige und sachlich denkende Bürger werden das Verhalten der „Demokratischen Parteien“* einzuordnen wissen.

Auch Äußerungen aus der Bevölkerung über das Verhalten der „demokratischen Parteien“* bestärken mich, mein Mandat bis zum Ende wahrzunehmen. Dem Mobbing nachzugeben, ist für mich keine Option.

Ich möchte jedoch nichts unversucht lassen, dass man sich künftig im Beirat und den Fachausschüssen vielleicht doch noch sachlich mit den Anträgen der AfD-Walle auseinandersetzt. Darum dieser Antrag.

Gerald Höns

* Sie nennen sich gerne „demokratisch“, wenn sie vorgeben, etwas Besseres, als die AfD zu sein. Oder die AfD von gewissen Ereignissen ausschließen wollen, indem nur „Demokratische Parteien“ eingeladen werden. Auch die DDR behauptete von sich selbst „demokratisch“ zu sein. Mehr muss man nicht sagen, zu den Leuten, welche das Wort Demokratie ohne Unterlass missbrauchen. Damals, wie heute, wie man z.B. an den oben zitierten Worten der Linkspartei (Mauermördernachfolgepartei) sehen kann.

13. Juni 2022